



Staats- und
Universitätsbibliothek
Bremen

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen

DFG Projekt Die Grenzboten

Die Grenzboten

Berlin u.a., 1841 - 1922

Brix, Th.: Ein Wort zum deutsch-dänischen Streit

urn:nbn:de:gbv:46:1-908

wird daraus auf den bevorstehenden Massenbankerott der Bauern, selbst auf minder gutem Boden, geschlossen haben. Die Bauernwirtschaft stellt sich auch in Schlesien in den Reinerträgen, und das ist die Hauptsache, den Großbetrieben gegenüber als sehr begünstigt und deshalb als sehr viel sicherer und widerstandsfähiger dar. Wir wollen auf die ganz wertlosen Zahlen des Professor Sering nicht näher eingehen, er selbst erspart uns das durch folgende Ausführungen. Er behauptet nach seiner Statistik, daß die schlesischen Bauern, wenigstens die auf minder gutem Boden, schon bei einer hypothekarischen Belastung von $\frac{1}{3}$ des Wertes dem Bankerott verfallen seien, und doch sagt er gleichzeitig, daß mit der Beleihung der Bauergüter bis zu $\frac{5}{6}$ des Wertes und noch darüber hinaus für den Darleiher so gut wie gar kein Risiko verbunden sei. Das sind die Grundlagen, auf die er sein Verlangen nach Staatshilfe stützt! Der Staat „muß“ helfen, weil die mit mehr als $\frac{1}{3}$ verschuldeten Bauernwirtschaften bankerott sind, und er „kann“ helfen, weil diese Bauernwirtschaften ohne Risiko bis über $\frac{5}{6}$ beliehen werden können!

Der deutsche Landwirtschaftsrat hat auf Antrag Serings einen Ausschuß beauftragt, Vorschläge für staatliche Maßnahmen zur Schuldenentlastung und Schuldenerleichterung des ländlichen Grundbesitzes zu machen. Wir wollen sehen, was dabei herauskommen wird. Nur um eins möchten wir dringend bitten: man lasse die Bauern links und rechts von der Elbe einstweilen mit den Berliner Rettungskuren in Ruhe und wende vorläufig alle Aufmerksamkeit, alle Geistesstärke und alle Zähigkeit der Rettung der ostelbischen Rittergutsbesitzer zu, freilich nicht auf Kosten der auch in Schlesien notwendigen Vermehrung der Bauergüter, namentlich der mittlern von 10 bis 25 Hektar.



Ein Wort zum deutsch-dänischen Streit

Von Th. Brüg (in Berlin)



ahrhunderte alt ist in der Nordmark der Kampf zwischen Deutschen und Dänen. Er ist, nachdem er durch die Vereinigung Schleswig-Holsteins mit Dänemark zu einem Abschluß gekommen war und dann lange geruht hatte, in der Neuzeit unter andern Verhältnissen in anderer Form wieder erwacht. Das Erwachen des Nationalitätsgefühls in den Völkern ließ den alten Hader wieder aufleben. Nun wurde das Zusammenleben von Deutschen und Dänen in einem Staatsverband unheimlich. Es ist aber sehr bemerkenswert, wie viel die von dänischer

Seite gegen das Vordringen des Deutschtums ergriffnen Gegenmaßregeln dazu beigetragen haben, die nationalen Gegensätze zu verschärfen und den Bruch unvermeidlich zu machen. Die dänische Politik hat das gefördert, was sie hemmen wollte. Sie hat in den Schleswig-Holsteinern die deutsche Gesinnung und die Abneigung gegen die dänische Herrschaft bestärkt; sie hat die Teilnahme Deutschlands für die Stammesbrüder im Norden geweckt. Fehler der dänischen Politik sind den deutschen Interessen zu gute gekommen. Dies gilt schon für die von dänischer Seite vor dem Kriege von 1848 bis 1850 betriebne Politik, ganz besonders aber für die gänzlich verfehlten Danisirungsbestrebungen während des Zeitraums von 1850 bis 1863.

Diesen letztern Zeitraum habe ich als Kind mit durchlebt, und ich habe mir eine sehr lebhafte Erinnerung bewahrt an alle Vorgänge, die sich damals in meiner Heimat, der Landschaft Angeln, dem Hauptschauplatz der verfehlten Danisirungsmaßregeln, abspielten. Ich habe aus der Beobachtung dieser Vorgänge eine Überzeugung geschöpft, die ich seitdem unbeirrt festgehalten habe, und die aufzugeben ich mich um so weniger veranlaßt fühle, als ich sie neuerdings wieder sehr deutlich bestätigt finde, nämlich daß es thöricht und verfehlt ist, durch Gewaltmittel eine Bevölkerung entnationalisiren zu wollen, daß für die herrschende Nationalität, wenn sie Ausöhnung bewirken will und auf dauernde Sicherung ihres Besitzes bedacht ist, Schonung der Empfindungen der unterworfenen Bevölkerung geboten ist, daß namentlich ihre teuersten nationalen Güter nicht angetastet werden dürfen.

Es ist mir darum auch ganz unbegreiflich, daß viele meiner engern Landsleute in dieser Frage eine ganz entgegengesetzte Ansicht vertreten. Wir Schleswig-Holsteiner sonderlich, meine ich, sollten die Mißerfolge der dänischen Gewalt-herrschaft als warnendes Beispiel im Gedächtnis behalten. Auch der Umstand, daß das deutsche Reich so viel mächtiger ist als damals das kleine Dänemark, rechtfertigt nicht ein ähnliches Verfahren von unsrer Seite, wie es damals von den Dänen geübt wurde. Dieser Unterschied der Machtverhältnisse, diese kolossale Übermacht auf unsrer Seite, die jeden Losreißungsversuch der Dänen, wenigstens ohne Verbündete, gänzlich aussichtslos erscheinen läßt, kann sogar leicht dazu verführen, daß man sich die Mißerfolge der Germanisirungsmaßregeln verbirgt und im Vertrauen auf die Macht ungestraft Fehler begehen zu können glaubt, die dennoch üble Folgen nach sich ziehen. Germanisiren heißt die Denkweise der dänischgesinnten Bevölkerung umwandeln, und das können wir nie mit Machtmitteln erreichen. Wie stark wir diese auch anwenden mögen, immer findet die deutschfeindliche Gesinnung Schlupfwinkel, wohin die staatliche Macht sie nicht verfolgen kann.

Auch ist es ein unzutreffender Vergleich, wenn zur Rechtfertigung des deutschen Verfahrens angeführt wird, die Dänen hätten es zur Zeit ihrer Herrschaft noch etwas schlimmer gemacht, als wir jetzt. Nach vierzig Jahren ist

die Welt nicht auf demselben Flecke geblieben. Das Bedürfnis der Teilnahme am politischen Leben ist reger und allgemeiner geworden; Presse und Vereine haben sich in einer damals unbekannten Weise entwickelt. Dadurch ist auch eine gesteigerte Empfindlichkeit entstanden, die jede Schmälerung dessen, was als gutes Recht und unentbehrliches Bedürfnis betrachtet wird, als schwere Kränkung empfindet. Ein politisch hoch entwickeltes Volk hat bei Beschränkungen auf diesem Gebiet ungefähr das Gefühl, als wenn ihm die geistige Atmosphäre beengt, das Atmen erschwert würde.

Für solche Erwägungen aber haben die kein Verständnis, die sich gegenwärtig als die berufenen Vertreter des Deutschtums in Nordschleswig aufspielen, die in der Presse das große Wort führen, die den Anspruch erheben, daß ihr Urteil allein maßgebend dafür sei, was zur Förderung des Deutschtums in Nordschleswig diene. Die Führer des vor einigen Jahren gegründeten Deutschen Vereins in Nordschleswig vertreten den Grundsatz, daß dänische Sprache und dänisches Nationalgefühl im deutschen Reiche nichts zu thun haben und möglichst bald daraus vertrieben werden müssen. Sie betrachten die Dänen als einen unverbesserlichen Menschenschlag, für den die Zuchttrute nicht zu hart werden könne. „Die Dänen haben es nicht besser verdient“ oder: „Es ist mit den Dänen nicht anders fertig zu werden,“ das erhält man zur Antwort, wenn man diese oder jene Maßregel als unzumutbare Härte tadelt. Bei diesen Deutschgesinnten Nordschleswigs herrscht ein Gefühl der Gereiztheit gegen die Dänen. Sie empfinden Genugthuung über jede Strafe, die über die Dänen verhängt wird, weil sie darin eine Vergeltung für ihnen zugefügte Kränkungen erblicken. Das ist aber eben für den nationalen Frieden sehr gefährlich, namentlich wenn sich auch die Behörden von solchen Anschauungen beeinflussen lassen und demgemäß verfahren.

Noch ein Umstand verdient Erwähnung. Was ich oben von den Erfahrungen der Schleswig-Holsteiner insbesondre sagte, kann keine Anwendung finden auf das seitdem herangewachsene jüngere Geschlecht, noch auch auf die von außerhalb nach der Provinz eingewanderten Altpreußen oder Angehörigen des deutschen Reichs. Gerade diesen letztern aber, mögen sie als Beamte oder als Privatleute an dem nationalen Kampfe beteiligt sein, wird es von den Dänen besonders verübelt, wenn bei ihnen die vielberufene „Schneidigkeit“ stark hervortritt. Das Nationalgefühl der dänischen Nordschleswiger ist mit partikularistischen Regungen stark verquickt. In ihren Köpfen wurzelt fest der Glaube, daß es ein so vortreffliches Völkchen wie sie auf dem Erdenrund nicht mehr gebe, so mild und gerecht, so ordnungsliebend und bescheiden. Sie sind nun wohl geneigt, dem nahe verwandten Südschleswiger, der ja eigentlich nur ein germanisirter Däne ist, in geringerem Maße vielleicht auch noch dem Holsteiner, einen Anteil an diesen guten Eigenschaften zuzugestehen. Aber jenseits der Elbe fängt das eigentliche Deutschtum mit allen seinen unangenehmen und

schlechten Eigenschaften an. Wer von dort herkommt, wird mit Mißtrauen betrachtet, nicht bloß weil er als Eindringling gilt, der die Dänen aus ihren angestammten Sizen verdrängen will, sondern auch weil man zu einer schärfern Beurteilung seines Verhaltens neigt. Es ist vielleicht nicht genügend beachtet worden, wie sehr dieser Umstand zur Verstärkung der Abneigung gegen das Deutschtum beiträgt. Von dem Standpunkt aus freilich, daß die Dänen einfach zu gehorchen haben und ihre Anschauungen keine Beachtung verdienen, sind solche Sorgen überflüssig.

Bei der oben bezeichneten Stimmung der deutschen Nordschleswiger nun scheint es mir bedenklich, wenn die von dieser Seite kommenden Urteile als Autorität hingestellt werden, und wenn man daraus eine zutreffende Kenntnis von den nordschleswigschen Verhältnissen zu schöpfen sucht. In der letzten Zeit ist in mehreren deutschen Blättern, allerdings nur solchen von einer bestimmten Parteirichtung, ein Buch anerkennend und wohlwollend besprochen worden, das in der erwähnten Weise zur Aufklärung über die nordschleswigschen Verhältnisse dienen will. Herr Strackerjahn in Flensburg scheint in der That das von ihm herausgegebne Buch: „Dänische Umtriebe in deutschem Lande“ hauptsächlich zu dem Zwecke geschrieben zu haben, das deutsche Publikum darüber zu belehren, welche widerspenstige und bösertige Rasse die nordschleswigschen Dänen sind, und daß sie nur mit Strenge regiert werden können. Ich weiß nicht, ob das Buch viel Leser findet. Für Kenner der dortigen Zustände enthält es nichts neues; für das deutsche Publikum im ganzen aber dürfte es zu ausführlich und deshalb ermüdend sein. Mit großem Sammelfleiß sind die Beweise für die deutschfeindliche Gesinnung der Dänen, für ihre Befangenheit in der Beurteilung deutscher Zustände zusammengetragen. Wenn man aber bedenkt, daß der Verfasser des Büchleins jahrelang als Redakteur einer deutschen Zeitung im Kampfe mit den Dänen gelebt hat, so ist wohl der Zweifel berechtigt, ob seine Auffassung unbefangen sei. Die Anführungen aus der Presse mögen wortgetreu, die thatsächlichen Angaben der verschiedenen Vorfälle mögen richtig sein, und doch macht die ganze Zusammenstellung den Eindruck, daß es im Norden viel schlimmer hergehe, als wirklich der Fall ist. Wenn z. B. vereinzelt einmal eine Schlägerei stattfindet, so ist es doch ganz verkehrt, daraus auf eine besondrer Bösartigkeit des dänischen Volkscharakters zu schließen. Auch die angeführten Beispiele deutschfeindlicher Gesinnung berechnen nicht zu dem Schluß, daß der Deutsche beständigen Belästigungen ausgesetzt sei. Ich habe während meines mehrjährigen Aufenthalts in Nordschleswig, in den siebziger Jahren bis in die achtziger Jahre hinein, bei den Dänischgesinnten eher vorsichtige Zurückhaltung bemerkt, als Neigung zum Streit um politische Fragen mit den Gegnern ihrer Anschauungen. Ja ich muß gestehen, daß ich bei der einfachen bäuerlichen Bevölkerung in dortiger Gegend mehr Takt gefunden habe als bei manchem Parteikampfhahn im lieben

deutschen Vaterlande. Ich habe mitunter nach längerem Verkehr mit dem einen oder andern nicht gewußt und erst durch gelegentliches Befragen bei andern erfahren, ob er ein Deutscher oder ein Däne war. Komme ich aber mit einem Antisemiten zusammen, so weiß ich nach fünf Minuten, wie sein Programm lautet.

Es ist gewiß Sache des Temperaments, wie man sich im Verkehr mit politischen Gegnern benimmt. Das aber dürfte feststehen, daß eine vorlaute Art, bei jeder Gelegenheit den Gegnern gegenüber die politische Überzeugung zu vertreten, namentlich wenn es mit starkem Selbstbewußtsein geschieht, mehr Schaden als Nutzen schafft, daß zudringliche Befehrungsversuche meistens abstoßend wirken. Ich weiß, daß auch andre Deutsche in Nordschleswig nach dem Grundsatz verfahren, man solle aus dem persönlichen Verkehr die politischen Gegensätze fernhalten. Ich habe gefunden, daß ganz gut ein Verkehr mit den Dänen in geschäftlichen und sonstigen neutralen Angelegenheiten möglich war, wobei man sich beiderseits darüber verständigte, politische Fragen nicht zu berühren, um die Einigkeit nicht zu stören. Ich entsinne mich noch eines bezeichnenden Vorfalles. Ein kleinerer landwirtschaftlicher Verein, mehrere Kirchspiele umfassend, war auf dem Grundsatz der Neutralität in politischen Dingen errichtet worden. Als nun auf einer von diesem Verein angestellten Tierschau ein junger dänischer Bauer, der des süßen Rasseepunsches etwas zu viel genossen hatte, mit einem Deutschen anbändeln wollte, wurde er sofort von ältern Parteifreunden an die Statuten des Vereins erinnert.

Es ist richtig, daß die Führer der dänischen Agitation darüber anders denken und einen Verkehr, der zur Abschleifung der nationalen Gegensätze dient, nicht gern sehen. Ist denn aber von deutscher Seite das Mögliche geschehen, den Frieden zu fördern? Alle Nachrichten, die mir aus Nordschleswig zukommen, lassen erkennen, daß in dieser Hinsicht nicht Fortschritte, sondern Rückschritte gemacht worden sind, daß die nationalen Gegensätze jetzt schärfer hervortreten als damals. Ich schreibe dies nicht einer Änderung des dänischen Volkscharakters zu, sondern den von deutscher Seite begangnen Fehlern. Die Dänen sind nicht bössartiger geworden, aber ihr Nationalgefühl ist einer den deutschen Interessen wenig dienlichen Weise gereizt worden.

Davon wollen natürlich Herr Strackerjahn und seine politischen Freunde nichts hören. In ihren Augen ist der Deutsche der Mustermensch, dem alles, was er thut, wohl ansteht. Und das Verfahren der Regierung zu bemäkeln, würde nach ihrer Ansicht ein sträfliches Verleugnen des Nationalgefühls bedeuten. Herr Strackerjahn, der den Dänen ein so langes Sündenverzeichnis vorhält, hat für das Verhalten der Deutschen nur Worte des Lobes. Und wenn er an dem in Nordschleswig bestehenden Regierungssystem etwas auszusetzen findet, so ist es nur das, daß in unsrer leider allzu weit fortgeschrittenen Zeit sich ein Regierungssystem, wie es seinen Wünschen entsprechen würde,

nicht mehr einführen läßt, d. h. daß die Einwilligung der Gesetzgebung dazu nicht zu erlangen ist. Für die unter den Politikern dieser Richtung herrschenden Anschauungen ist es bezeichnend, daß Herr Strackerjahn seiner Sehnsucht nach einem russischen Regiment Ausdruck giebt. Er meint, ein Verbot der die Los-trennung predigenden und alles Deutsche verunglimpfenden Presse, eine Schließung der Vereine, die gleiche Bestrebungen verfolgen, eine unnachsichtige Ahndung aller sonstigen Ausschreitungen würden in kurzer Zeit nicht nur dem ganzen Walpurgisputz äußerlich den Garaus machen, sondern auch bald den innern Frieden herbeiführen.

Gesetzt, daß die Gesetzgebung solche Ratschläge befolgte, daß sie in Nord-schleswig ein vollständiges Gewaltregiment einführte, ohne sich um die dadurch im Auslande erregte Entrüstung zu kümmern, giebt es denn nicht andre Mittel, den Ansteckungsstoff des Deutschenhasses fortzupflanzen, als Zeitungen und Vereine? Wie tief will man in das Privatleben des Volkes eindringen, wie viele Späher müßten angestellt werden, um den Verkehr zwischen Mann und Mann zu überwachen, und wie wollte man es ermöglichen, über die Erziehung im Hause eine Aufsicht in demselben Sinne zu führen? Vielleicht müßte das russische System dann noch weiter, durch Massenausreibungen usw., vervollständigt werden.

Weil wir diesen Weg nicht beschreiten können, ist es gewiß fruchtbarer, zu untersuchen, ob wir nicht schon zu weit gegangen sind. Die Herzenswünsche der nordschleswigschen Chauvinisten kennen zu lernen, ist deshalb so belehrend, weil daraus hervorgeht, daß Mißerfolge gesetzgeberischer Maßregeln meistens die Wirkung haben, die, die solche verfehlte Maßregeln anrieten, in ihrem Irrtum zu bestärken, und daß sie dann in einem Weitergehen auf der verkehrten Bahn Abhilfe suchen. Wie die Agrarier nach immer stärkeren Mitteln verlangen und zu immer albernern Forderungen gelangen, je mehr sich herausstellt, daß die Staatshilfe nicht die gehofften Wirkungen hat, so geht es auch den Freunden eines strammen Regiments in Nordschleswig. Die Klagen über zu große Milde der Regierung sind ziemlich so alt wie die Zugehörigkeit Nordschleswigs zu Deutschland. Aber sie fanden zu Anfang weniger Gehör. Sowohl in der öffentlichen Meinung Deutschlands als in den Regierungskreisen herrschte damals die Ansicht vor, daß man suchen müsse, die Dänen durch Milde zu gewinnen und zu versöhnen. Man hielt Gewaltmaßregeln entweder nicht für zweckmäßig oder des deutschen Reichs nicht für würdig. Man ließ sich von einem Gefühl der Großmut gegen den überwundenen kleinen Feind leiten. Später wurde dann zu schärfern Maßregeln gegriffen, angeblich, weil mit dem bisherigen Verfahren nichts erreicht worden war. Dabei wurde ver-gessen, daß Völkerverschiebungen immer nur langsam vor sich gehen, und daß in dem Leben eines Volkes ein Jahrzehnt eine kurze Spanne Zeit ist. Ich bin weit davon entfernt, rasche Wirkungen von einer „Ausöhnungspolitik“ zu

erwarten, denn solche sind überhaupt nicht zu erwarten. Aber die Bemühungen, die Germanisirung durch energischere Maßregeln zu beschleunigen, sind zwecklos und schädlich. Als ein gründliches Germanisierungsmittel wurde die Einführung gänzlich deutschen Unterrichts in den nordschleswigschen Volksschulen angesehen, die im Jahre 1888 stattfand. Diese Maßregel aber hat, ohne die Verdrängung der dänischen Volkssprache wirklich zu fördern, für das Deutschtum ungünstig gewirkt. Sie hat in dem kleinen, von hohem Selbstbewußtsein erfüllten Volksstamm eine zähe Widerstandskraft gegen die Germanisierungsbestrebungen erweckt, hat erhöhte Anstrengungen zur Erhaltung der Muttersprache hervorgerufen, hat die Sympathien der Volksgenossen jenseits der Grenze für die um die Bewahrung ihres Volkstums ringenden Nordschleswiger bestärkt und sie zur Opferwilligkeit angespornt, hat die Ausöhnung zwischen Deutschen und Dänen, wofür im übrigen in Dänemark viel mehr Neigung vorhanden ist als in Nordschleswig, erschwert. Diese ungünstigen Wirkungen des Sprachzwanges werden heute zugegeben von solchen Kennern der nordschleswigschen Verhältnisse, die sich ein unbefangeneres Urteil bewahrt haben als die oben genannten Politiker. Diese Deutschgesinnten mochten zu Anfang vielleicht mit ihrem Urteil über die Sprachverfügung von 1888 zurückhalten, abwartend, wie ihre Wirkung sein würde, mochten es für unpatriotisch halten, sie zu bekämpfen; jetzt aber lautet ihr Urteil entschieden mißbilligend.

Haben doch deutschgesinnte Geistliche sich auf die Seite der Dänen gestellt und eine Bittschrift um Einführung einiger Stunden dänischen Sprachunterrichts mit unterschrieben! Sie haben das um der Erhaltung des kirchlichen Sinnes willen gethan, und wenn man daran zurückdenkt, daß der schwerste gegen die dänische Gewaltherrschaft erhobne Vorwurf der war, sie zerstöre die Kirchlichkeit durch Hinübertragen der Politik auf das kirchliche Gebiet, so muß wohl zugegeben werden, daß wir uns gerade hier besonders davor hüten sollten, in die Fußtapfen der Dänen zu treten. Bei der Einführung gänzlich deutschen Unterrichts in den nordschleswigschen Schulen ist der dänische Religionsunterricht beibehalten worden, und darin liegt die Anerkennung, daß die Dänen ein Recht auf Festhaltung der Muttersprache in ihren innersten Herzensangelegenheiten haben. Es wird nun behauptet, daß einige Stunden dänischen Sprachunterrichts nötig seien, um den Religionsunterricht recht nutzbar zu machen. Diese Forderung beweist, daß die Dänen auf die Kirche viel Wert legen. In Nordschleswig herrscht mehr kirchlicher Sinn als in manchen andern Gegenden. Und wenn nun von deutscher Seite dahin gestrebt wird, nicht bloß aus der Schule, sondern auch aus der Kirche die dänische Sprache allmählich zu verdrängen, so kann das nur dazu beitragen, daß die Dänen die Kirche als eine fremde, im Dienste einer ihnen feindlich gesinnten Macht stehende Einrichtung betrachten und ihr kirchliches Bedürfnis außerhalb der Landeskirche zu befriedigen suchen. Aber auch abgesehen von diesen kirchlichen Rücksichten wirkt

der Kampf um die Sprache verderblich. Man beschränkt sich nicht darauf, die dänische Sprache aus der Schule zu verbannen; man legt auch den Bemühungen der Dänen, außerhalb der Schule für dänischen Unterricht ihrer Kinder zu sorgen, möglichst Hindernisse in den Weg. Es wird nicht gelitten, daß mehrere Familien gemeinschaftlich einen Privatlehrer für diesen Zweck annehmen usw. Bei dem in Nordschleswig herrschenden Germanisierungsseifer ist es ja begreiflich, daß jeder dänische Sprachunterricht nicht allein als überflüssig, sondern sogar als den Zwecken der Schule zuwiderlaufend, als ein Hemmnis für andre Unterrichtsgegenstände betrachtet wird. Das ist aber genau dieselbe kleinliche Art, wie früher die Dänen jede Pflege deutscher Bildung zu hemmen suchten.

Wie die Verdrängung der dänischen Volkssprache, so ist auch die Verdrängung des dänischen Nationalgefühls durch den Schulunterricht nicht eine so leichte Aufgabe, wie sie sich manche denken. Was die Schule in dem Kampfe mit dem Hause vermag, lehrt unter anderm die Entwicklung der Sozialdemokratie im deutschen Reiche, die im Gegensatz zu allen Einflüssen der Schule gewachsen und erstarkt ist. Bei dem Bemühen, in einer Bevölkerung mit deutschfeindlicher Gesinnung durch die Schule deutsches Nationalgefühl zu pflanzen, ist jedenfalls mit viel Takt und Vorsicht zu verfahren, wenn sich nicht das Wort bewähren soll, daß „man Absicht merkt und verstimmt wird.“ Wenn unsre nordschleswigschen Chauvinisten der Schule die Aufgabe stellen, geradezu eine Kampfanstalt gegen das Dänentum zu sein, so bezweifle ich, daß dadurch günstige Wirkungen erzielt werden. Es wird als ein besonders wirksames Germanisierungsmittel betrachtet, daß überall von den Schulhäusern die deutsche Fahne weht, was doch anderswo nicht für nötig gehalten wird. Die Schuljugend soll beim Ein- und Ausgehen beständig daran erinnert werden, daß sie im deutschen Reiche wohnt; sie soll ihre Gefühle rechtzeitig dieser ihrer Staatsangehörigkeit anpassen. Das ist gewiß sehr schön ausgedacht, wenn nur nicht die Dänen, die es am nächsten angeht, selbst ein Wort in der Sache mitzusprechen hätten und sich einen Einfluß auf die Entwicklung ihrer Kinder zu wahren wüßten. Thatsächlich trägt das Fahnenaufpflanzen zur Verschärfung des Gegensatzes zwischen Schule und Hause bei. Die Fahnen bieten einen Angriffspunkt für deutschfeindliche Gesinnung und Zerstörungslust. Mit unverkennbarem Behagen wird in dänischen Blättern berichtet, daß hie und da eine Fahne zerstört worden sei, was dann wieder zu Untersuchungen und Strafprozessen Anlaß giebt.

Nicht bessern Erfolg hat das Bemühen, den Erwachsenen die dänische Gesinnung auszutreiben. Man ist hierbei allmählich zu einer Verschärfung des Verfahrens gelangt. Die dänischen Blätter Nordschleswigs brachten um die Jahreswende spaltenlange Übersichten über die im abgelaufenen Jahre vorgekommen politischen Strafprozesse. Es wäre zu wünschen, daß dies Verzeichnis

weniger reichhaltig wäre, denn dieser Lesestoff dient nicht zur Beruhigung der Gemüter. Es ergibt sich im Vergleich mit frühern Jahren eine Zunahme der politischen Prozesse, der Polizeistrafen, kurz der Konfliktfälle zwischen den Behörden und der dänisch gesinnten Bevölkerung, sowie der dänischen Presse. Das ist entweder so zu erklären, daß die feindselige Gesinnung der Dänen gegen das Deutschtum zunimmt, oder daß die Behörden den Zügel schärfer anziehen. Wahrscheinlich ist beides der Fall, und beides steht mit einander in Wechselwirkung. Daß das Verbotne einen Reiz hat, gilt nicht bloß für die dänischen Nordschleswiger. Und welchen Unterschied es macht, ob der Beamte im Verkehr mit der Bevölkerung mehr schonend verfährt, oder ob er, sich als Vertreter der herrschenden Nationalität fühlend, diesem Bewußtsein einen starken und auffälligen Ausdruck giebt, das braucht nicht erst dargelegt zu werden. Die Behörden, namentlich die untern lokalen Behörden, sind offenbar beeinflusst von der oben erwähnten unter den Deutschgesinnten herrschenden Anschauung, daß die Dänen eine unverbesserliche, nur durch Strenge im Zaum zu haltende Rasse seien, und es hat eine unheilvolle Wirkung, wenn die, in deren Hand die Macht gelangt ist, solche Grundsätze in der Praxis möglichst anzuwenden suchen.

Die Konfliktfälle lassen zum Teil deutlich die Neigung erkennen, in der Auslegung der Gesetze möglichst streng zu verfahren und hierin weiter zu gehen als bisher, solche Vergehen als staatsgefährlich und strafbar hervorzuziehen, die bisher als verhältnismäßig harmlos betrachtet wurden und strafrei ausgingen. Ein besonders merkwürdiges Beispiel davon, wie diese Auffassung die Strafpflege beeinflusst, ist folgender Fall. Eine in Apenrade herauskommende Zeitung ist in zwei Instanzen zu einer Geldstrafe verurteilt worden, weil sie beständig die Benennung „Sönderjylland“ anstatt „Schleswig“ brauchte. Nun ist aber diese Benennung seit Jahren in der nordschleswigschen Dänenpresse üblich; auch war es bisher recht gut bekannt, daß dadurch angedeutet werden sollte, von Rechts wegen gehöre Schleswig, oder wenigstens Nordschleswig, zu Dänemark. Wenn jetzt, wie es in der Begründung des Urteils heißt, ein grober Unfug darin gesehen wird, daß die Gefühle der Deutschgesinnten durch das Lesen dieses Wortes verletzt werden, so ist es doch merkwürdig, daß man diese Schädigung der nationalen Interessen nicht früher entdeckt hat. Auch begreife ich nicht, warum gerade auf dies eine Wort Jagd gemacht wird, das doch nicht schlimmer ist, als so vieles andre, was in den dänischen Zeitungen steht. Ärgert sich der Deutsche etwa nicht, wenn er liest, daß Fürst Bismarck allein den Krieg von 1870 verschuldet habe, oder daß alle Feinde des deutschen Reiches, mögen sie Franzosen, Russen oder Tschechen heißen, ehrenwerte Leute seien, und nur die Deutschen nichts taugen?

Es ist interessant, die Wirkung solcher Urteile zu beobachten. Die erwähnte Zeitung hat seitdem das verpönte Wort durch eine der Buchstabenzahl

entsprechende Zahl von Punkten ersetzt. Da wird nun der Leser jedesmal an den Strafprozeß und seine Bedeutung für den nationalen Kampf erinnert, während er sonst wahrscheinlich das oft gelesene Wort nicht sonderlich beachtet hatte. Ich überlasse es den Patrioten im Norden, Mittel ausfindig zu machen, wie dieser neue „grobe Unfug“ zu verhindern ist. Ich meine jedoch, daß man daraus lernen sollte, wie schwer es ist, durch solche Verfolgung die gewünschte Wirkung zu erzielen.*)

Welches Kunststück ist es überhaupt, zu bestimmen, was in einer solchen Zeitung unsern Interessen am meisten schadet! Welcher Herzenskündiger müßte der sein, der die Einwirkungen des Gelesenen auf den Leser genau bestimmen und darnach abgrenzen könnte, was am „aufreizendsten“ wirkt! Es ist ein Irrtum, zu meinen, daß der Zweck, das Deutschtum herabzusetzen, nur durch offene Verhöhnung, durch verletzende Angriffe und für den Strafrichter faßbare Ausdrücke erreicht werden könne. Die dänischen Zeitungen brauchten sich in der letzten Zeit manchmal bloß darauf zu beschränken, gewisse Strafprozesse und andre Vorgänge im deutschen Reiche wahrheitsgetreu, von einigen Bemerkungen begleitet, wiederzugeben, und sie konnten doch dadurch das deutsche Ansehen schädigen. Oder es kann der Sehnsucht nach dem schönen Dänemark Ausdruck gegeben, das Traurige der Fremdherrschaft mit lebhaften Farben geschildert und dabei doch die Berührung mit dem Strafrichter vermieden werden. Ich las vor einiger Zeit in einer dänischen Zeitung eine kleine Erzählung, die dem Strafrichter schlechterdings keine Handhabe bot, und die meiner Ansicht nach dennoch zur Bestärkung der Abneigung gegen die deutsche Herrschaft mehr geeignet war als so manche gehässige Angriffe auf das Deutschtum und die Staatsgewalt. Die Erzählung war einfach, aber ergreifend für jeden, der sich in die Gefühle der dortigen Bevölkerung hineinzuversetzen vermag. Sie handelte von einem nach Dänemark ausgewanderten Nordschleswiger, der um die Weihnachtszeit das Elternhaus aufsucht. Es war da geschildert, welche Gefühle beim Betreten des heimischen Bodens in ihm erwachen, wie er sehen umherspäht, ob ihm nicht Häsher aufslauern. Die Plackereien und Scherereien, denen die ihre Verwandten besuchenden ausgewanderten Nordschleswiger sowie diese ihre Angehörigen ausgesetzt sind, bilden nämlich einen Hauptbeschwerdepunkt der dänischen Nordschleswiger.

Und wessen Urteil entscheidet nun oftmals darüber, was in der dänischen Presse staatsgefährlich und strafbar sei? Das Urteil derer, die selbst Partei in der Sache find, der deutschen Redakteure und Zeitungsschreiber, fällt, wie

*) Eine unter dem Titel *Sønderjydske Årbøger* (Südjütische Jahrbücher) herauskommende Zeitschrift, die schon seit Jahren besteht, ist lediglich wegen dieses Titels mit Beschlagnahme belegt worden. Doch scheint es nach einem neuerdings gefällten Urteil, daß in Betreff dieses Namens das Obergericht in Kiel eine unbefangene Auffassung vertritt, als die untern Instanzen in Altona und Flensburg.

es scheint, wenn es auch nicht geradezu entscheidend ist, doch für die Beurteilung der Behörden schwer ins Gewicht. Da ruft ein deutsches Blatt voll Entrüstung aus, man dürfe diese oder jene von einer dänischen Zeitung gebrachte Äußerung im deutschen Reiche nicht dulden. Es wird von deutscher Seite auch dahin zu wirken gesucht, daß Bekanntmachungen von Behörden sowie von privaten Unternehmungen, wie z. B. den Dampfschiffahrtsgesellschaften, den dänischen Blättern nicht zugehen. Kurz, es wird auf jede Weise der dänischen Presse das Dasein zu erschweren gesucht.

Wird aber durch solche Mittel wirklich das Dänentum zurückgedrängt? Bei diesen Boykottierungsversuchen, bei diesem gegen die dänische Presse geübten Angebotsystem schimmert ziemlich deutlich durch das Gewand patriotischer Entrüstung der Brotneid hindurch. Die Dänen aber werden dadurch nicht zum Abschaffen ihrer Blätter bewogen; vielmehr wird in ihnen das Gefühl bestärkt, daß ihnen Unrecht geschehe, daß man sie zu Staatsbürgern zweiter Klasse machen wolle. In Nordschleswig herrscht, wie anderswo, besonders zwischen den kleinen lokalen Blättern, ein heftiger Konkurrenzkampf, und die Pressehden arten zum Teil in Gehässigkeit und persönliche Berunglimpfungen aus.

Hier nur ein Beispiel davon, zu welchen Mitteln der Verdächtigung mitunter auch von deutscher Seite gegriffen wird. Nach dem Tode des kürzlich verstorbenen dänischgesinnten Abgeordneten Rassen stellte sich bei einer von ihm geleiteten Sparkasse ein bedeutender Fehlbetrag heraus. Bei dieser Gelegenheit stellte eins der deutschen Lokalblätter die Behauptung auf, für die jeder Beweis fehlte, die unterschlagenen Gelder seien für die dänische Agitation verwendet worden. Damit war angedeutet, daß die ganze Parteileitung um den Rassenbetrug Bescheid gewußt haben müsse. Nun ist es freilich schlimm genug, wenn sich herausstellt, daß jahrelang Betrug geübt worden ist von einem Manne, der zu seinen Lebzeiten in hoher Achtung gestanden und auch bei den politischen Gegnern als Ehrenmann gegolten hatte. Aber mit der dänischen Gesinnung hat doch die Sache nichts zu thun. Ähnliche Fälle sind gerade in den letzten Jahren in Schleswig-Holstein öfter, auch in den Gegenden mit deutscher Bevölkerung, vorgekommen. Sie beweisen nur, daß eine starke Versuchung darin liegt, wenn einem einzelnen Manne ein unbegrenztes Vertrauen geschenkt wird.

Wenn sich aber so „menschliches, allzu menschliches“ in den nationalen Kampf einmischt, ist es dann nicht eine bedenkliche Auffassung, daß auf der einen Seite, wo die staatlichen Interessen vertreten werden, die Leidenschaft ebenso berechtigt sei, wie auf der andern Seite, bei den Vertretern der staatsgefährlichen Bestrebungen, verwerflich? Ich erwähne nur, daß neulich ein Führer der Dänenpartei wegen „groben Unfugs“ verurteilt worden ist, weil er in einer Versammlung dazu aufgefordert hatte, nur dänische Inschriften zu brauchen und bei Dänen zu kaufen. Die viel weitergehenden Aufforderungen

zum Boykott von deutscher Seite aber werden als berechnete Germanisirungsbestrebungen betrachtet, wenn sie nicht geradezu von den Behörden befolgt werden. Die Führer des Deutschtums in Nordschleswig haben nicht das geringste Verständnis dafür, daß jedes Parteiergreifen der Staatsgewalt in diesem Sinne, selbst wenn darin nicht so weit gegangen wird, wie es der Parteigeist verlangt, eine moralische Stärkung der Gegner bedeutet. Dasselbe gilt von dem beständigen Anrufen des staatlichen Schutzes gegen deutschfeindliche Kundgebungen. Auch diese Klagen werden damit begründet, daß die Gefühle der Deutschgesinnten durch solche Kundgebungen verletzt würden. Wenn sich aber der Deutsche in Nordschleswig über alles ärgern will, was die Dänen thun und treiben und sagen und schreiben, so kommt er aus dem Ärger gar nicht mehr heraus, und ich glaube, daß es besser sei, sich mit etwas Gleichmut zu wappnen. Auch würde die Empfindlichkeit schwerlich so groß sein, wenn sie nicht künstlich gezüchtet worden wäre. Wenn man sich beständig einredet, daß das nationale Interesse möglichst strenge Abndung aller deutschfeindlichen Kundgebungen erheische, so wird auch schon die Entrüstung über das Treiben der Dänen für verdienstlich gehalten, weil man dadurch einen Druck auf die Dänen auszuüben hofft. Die Folge davon ist dann ein ängstliches Spüren nach staatsgefährlichen Demonstrationen, das uns den Spott des Auslandes einträgt.

Da wird ein Kochbuch, noch dazu ein deutsches, mit Beschlag belegt, weil auf dem Umschlag eine dänische Fahne prangt. Nachdem das geändert ist, darf das Büchlein, seines staatsgefährlichen Charakters entkleidet, in die Welt hinauswandern. In Flensburg, einer Stadt, wo deutsche Sprache und Gesinnung längst keine Bedeutung mehr haben, wird einem Buchhändler von dem Polizeimeister aufgegeben, er solle die dänischen Bücher aus seinem Schaufenster entfernen. Da heißt es nun in dänischen Blättern und sonst überall, wo man uns gern etwas am Zeuge flicht, aber auch in der sonst doch nicht grundsätzlich deutschfeindlichen Times: in Flensburg seien dänische Bücher verboten, der nächste Schritt werde wohl sein, daß die dänische Sprache als Umgangssprache verboten werde. Das Polizeiverbot wurde zurückgenommen, weil es sich als unberechtigt herausstellte, aber der Eindruck von dem deutschen Regiment als einem willkürlichen und herrischen ist geblieben. Ein in einem nordschleswigschen Dorfe wohnender Höker wird angeklagt und in erster Instanz zu einer Geldstrafe verurteilt, weil er in seinem Laden Tassen ausgestellt hat, die mit den dänischen Nationalfarben verziert sind. Der Verkauf dieser Tassen ist nicht verboten, aber der „grobe Unfug,“ auf Grund dessen die Verurteilung erfolgte, wurde in dem Ausstellen der Tassen gesehen, das die Gefühle der Deutschgesinnten verletze. Der Höker soll die Waren, die von der Mehrzahl seiner Kunden wahrscheinlich am meisten begehrt werden, in seinem Laden verstecken. Vielleicht hat er das Ausstellen nun gar nicht mehr nötig, denn

eine bessere Reklame für die Tassen mit der Dannebrogsfahne, als ein solches Urteil, ist wohl nicht denkbar. Übrigens ist in diesem Fall in der zweiten Instanz Freisprechung erfolgt, wieder ein Beweis dafür, daß bei den untern Behörden mehr Neigung zu unnötiger Strenge herrscht als dort, wo man dem nationalen Kampfe ferner steht und unbefangener urteilt. Folgender Vorfall mag zeigen, wie solche Urteile wirken. In einer Familie wird das von dem Untergericht gefällte Urteil besprochen, und der Vater knüpft daran eine Belehrung über die Bedeutung der dänischen Nationalfarben. Den Kindern, die wißbegierig fragen, was denn die Dannebrogsfahne sei, wird erklärt, das sei die im besten Zimmer hängende Fahne, die man lieb habe, und auf die man bei gegebenen Gelegenheiten ein Hoch ausbringe. Am nächsten Tage sitzen drei kleine Knirpse zusammen und rufen ohne weitere Veranlassung: „Hurra für den Dannebrog.“ Das Jüngste erklärt mit großer Bestimmtheit, es werde künftig seine Milch nur aus einer mit der dänischen Fahne geschmückten Tasse trinken. So trefflich verstehen es unsre wackern Patrioten im Norden, die Abneigung gegen das Deutschtum in die jungen Herzen zu pflanzen.

Einen Streitpunkt bilden die Ortsnamen. Die Dänen halten der amtlichen Verdeutschung vieler Ortsnamen gegenüber an ihrer Schreibweise und Aussprache fest; sie haben andre Ortsnamen, die durch den Sprachgebrauch allmählich einen deutschen Klang erhalten haben, in ihrer ursprünglichen Gestalt, wie sie behaupten, wieder hergestellt, haben alte, längst abgekommene Benennungen wieder ausgegraben, thun sich nun darauf viel zu gute und sehen in dem Gebrauch dieser Namen ein Mittel zur Bewahrung ihrer Nationalität. Darob ein Kampf mit Post- und Eisenbahnbeamten, die von den dänischen Namen nichts wissen wollen und den Gebrauch der deutschen verlangen. Es ist zuzugeben, daß dieser Namenwirrwarr für die Beamten nicht angenehm ist. Dennoch meine ich, daß der politische Streit vermieden und genau so verfahren werden sollte, wie überall im deutschen Reiche, wenn schlechte Handschrift, fehlerhafte Schreibweise oder Aussprache ähnliche Schwierigkeiten bereiten. Es ist denn auch, wenn in Streitfällen die Dänen klagbar wurden, wenigstens zum Teil von der obern Behörde zu ihren Gunsten entschieden worden. Wie sollte auch der einzelne Beamte in jedem Falle mit Sicherheit entscheiden können, ob politische Absicht oder Unkenntnis zu Grunde liegt!

Auch um die Personennamen wird ein Kampf geführt. Kommt ein dänischer Familienvater aufs Standesamt und will den Namen Mads oder Sorgen einschreiben lassen, so erfährt er, daß es solche Namen im deutschen Reiche nicht giebt, sondern nur einen Max und Jürgen. Nun weiß ich nicht, ob die Sicherheit des deutschen Reichs durch das Eintragen eines ds statt eines z oder eines ö statt eines ü in das Standesamtsregister gefährdet wird, aber das Volk hängt an den alten Familiennamen und betrachtet die erzwungne Änderung der Schreibweise als eine Verletzung seiner Rechte. Für deutsche

Ohren klingen die Mads und Jörgen überhaupt nicht schön, auch wenn man ihnen durch Änderung eines Buchstabens einen deutschen Klang zu geben sucht; um die Verdeutschung zu vervollständigen, müßte man wohl einen Georg und Matthias daraus machen. Wieviel aber den Dänen an der Festhaltung ihrer Namen liegt, ist daraus zu ersehen, daß in dänischen Blättern eine List angeraten wird, um das Verbot zu umgehen. Wenn die Eltern ihren Sungen vor der Eintragung ins Standesamtsregister taufen lassen, so erreichen sie, daß er einen dänischen Namen trägt.

Auch die dänischen Aufschriften zu irgend welchen geschäftlichen Zwecken erregen „Ärgernis.“ Ein Gemeindevorsteher befahl, daß keine Bekanntmachungen in dänischer Sprache allein ausgehängt werden sollten. Ein früherer Seekapitän, der Englisch gelernt hat, hängt eine Bekanntmachung in dänischer und englischer Sprache aus. Das verstieß nicht gegen den Wortlaut der von dem Gemeindebeamten erlassenen Verfügung, entsprach aber natürlich nicht dem Sinne dieser Verfügung, die so gemeint war, daß die zweite Sprache das Deutsche sein sollte. Der schlaue Einfall des Kapitäns, der in solcher Weise das Gebot zu umgehen wußte, wurde als eine Herausforderung der Behörde betrachtet, und es wurde ihm eine Geldstrafe zuerkannt.

Bei Besetzung von Gemeindeämtern wird auf die politische Gesinnung viel Wert gelegt, und wird ein Däne, der sich an der politischen Agitation irgendwie beteiligt hat, von der Bevölkerung für einen solchen Posten aussersehen, so findet er schwer Bestätigung. Es kommt vor, daß in einem solchen Falle „konstituierte“ Gemeindevorsteher mit erhöhtem Gehalt angestellt werden, um die Bevölkerung wegen ihrer dänischen Gesinnung zu strafen.

Ein Schulvorsteher wird abgesetzt, weil er der Vorsitzende eines Vereins für Erhaltung der dänischen Sprache ist. Ein Distriktskommissar der Landesbrandkasse, der dies Amt seit Jahren innegehabt hat, wird abgesetzt, weil er ebenfalls in dem genannten dänischen Verein einen Posten bekleidet. Auch der Lehrer an einer städtischen Fortbildungsschule wird wegen Bekundung dänischer Gesinnung abgesetzt.

Die Ausweisungen dänischer Staatsangehörigen, die in irgend einer Weise das Mißfallen der Behörden erregt haben, erhöhen das Gefühl der Unsicherheit. Wie ein Blitz aus heiterm Himmel bricht der Ausweisungsbefehl über Leute herein, die manchmal nicht wissen, worin ihr Vergehen besteht. Dieses Mittel der Einschüchterung wird wieder von den untern Behörden sehr willkürlich gehandhabt. Da fällt es einem Landrat ein, zu befehlen, daß mehrere aus Dänemark eingewanderte Knechte, die bei dänischgesinnten Bauern dienen, ihr Dienstverhältnis lösen sollen, wenn sie nicht die Ausweisung gewärtigen wollen. Es ist wirklich schwer, einzusehen, warum die Anwesenheit dänischer Dienstknechte im deutschen Reiche für das Deutschtum gefährlicher sein sollte, wenn sie bei Dänen, als wenn sie bei Deutschen dienen. Der Vorfall zeigt aber,

wie leicht die Ausweisungsbefugnis mißbraucht werden kann. Mehrere dänische „Meieristen“ wurden ausgewiesen mit keiner andern Begründung, als daß ihre Stellungen den Landeskindern zukämen.*)

Den Ausweisungen würdig zur Seite stehen die schon erwähnten Verfolgungen solcher Ausgewanderten, die ihre Angehörigen in Nordschleswig besuchen. Großes Aufsehen hat auch das Schicksal eines nach Amerika ausgewanderten Nordschleswigers erregt, der später zurückkehrte und um Wiederaufnahme in den preußischen Staatsverband nachsuchte. Dies wurde ihm verweigert, er wurde ausgewiesen und ging nach Dänemark. Aber auch hier war er nicht heimatberechtigt, er wurde von da, weil er sich als unterstützungsberechtigt angemeldet hatte, wieder zurückgeschickt, ist aber seitdem mehrmals mit Haft bestraft worden, nur weil er sich noch immer auf deutschem Boden aufhielt.

(Schluß folgt)



Leipziger Pasquillanten des achtzehnten Jahrhunderts

(Fortsetzung)



eit überboten wurde das „Tableau von Leipzig“ durch ein Buch, das zur Neujahrsmesse 1787 erschien und wie eine Bombe in Leipzig einschlug: Detlev Brasch, Vertraute Briefe über den politischen und moralischen Zustand von Leipzig. London, bey Dodsley und Compagnie, 1787 (222 Seiten 8°).

Die Firma Dodsley und Compagnie gab es wirklich; es war eine angesehene Londoner Buchhandlung. Schon Ende der sechziger Jahre hatte sie der Buchhändler Schwickert in Leipzig, damals noch Handlungsdieners in der Dykischen Buchhandlung, mißbraucht und Nachdrucke unter dieser Firma herausgegeben, z. B. 1768 die „Vermischten Gedichte“ von J. C. Krost, 1769 den Leipziger Musenalmanach, eine freche Nachahmung und Plünderung des Göttinger, und in demselben Jahre Lessings Hamburgische Dramaturgie. Nun wurde wieder von anderer Seite Mißbrauch mit ihr getrieben: in Wahrheit waren die „Vertrauten Briefe“ in Stendal erschienen.

Von dem erdichteten Verfassernamen waren wenigstens die Anfangsbuchstaben

* Die verhältnismäßig große Anzahl dänischer Staatsangehörigen in Nordschleswig erklärt sich daraus, daß dort noch eine Art von Übergangszustand aus der Zeit der dänischen Herrschaft besteht.